

Luftfahrt „Waghalsige Aktion“

Justus Haucap, 48, Professor für VWL und bis 2012 Vorsitzender der Monopolkommission, über den Staatskredit für Air Berlin

SPIEGEL: Wegen des gescheiterten Verkaufs von Niki an Luft-hansa sieht es so aus, als müsste der Steuerzahler für große Teile des 150-Millionen-Euro-Kredits für Air Berlin aufkommen. War es ein Fehler, dafür überhaupt zu bürgen?

Haucap: Ja. Das Argument, man rette Arbeitsplätze, halte ich für vorgeschoben. Die Luftfahrt ist eine Wachstumsbranche. Wenn mehr Menschen fliegen, wird mehr Personal gebraucht. Die allermeisten finden wieder einen Job.

SPIEGEL: Fragt sich nur, wo und zu welchen Konditionen.

Haucap: Dem Kabinenpersonal drohen keinesfalls prekäre Arbeitsverhältnisse. Man hat es bei Ryanair gesehen: Sind die Bedingungen mies,

rennen Mitarbeiter weg, und die Airline bekommt Probleme. **SPIEGEL:** Was hätte die Bundesregierung stattdessen tun sollen?

Haucap: Ruhe bewahren. Mit dem Kredit hat sie den Anteilseignern geholfen, also Etihad. Denn eine Airline zu verkaufen, deren Flugzeuge bereits am Boden stehen, ist schwer. Man hätte die Reisenden zurückholen sollen und dafür auch Steuermittel einsetzen können. Dass es aber diese waghalsige Aktion mit dem Kredit gab, lag daran, dass die Bundestagswahl unmittelbar bevorstand. Deshalb zahlt der Steuerzahler, ohne etwas zu bekommen.

SPIEGEL: Sollte man staatliche Rettungsversuche also einfach sein lassen?

Haucap: Bei Schlecker hat man nicht geholfen, bei Opel hat man sich ebenfalls nicht engagiert. Der Baukonzern Holzmann war ein klassischer Sündenfall, bei dem es Hilfe gab – gebracht hat es aber auch da nichts. *mum*

Müllentsorgung Großfusion alarmiert die Kommunen

Die Vertreter deutscher Kommunen warnen vor einer gewichtigen Übernahme auf dem Abfallmarkt. Das Entsorgungsunternehmen Remondis aus Lünen führt derzeit offenbar Gespräche über den Kauf von Anteilen am Dualen System Deutschland, das die Entsorgung von Plastikverpackungen über den gelben Sack organisiert. Hierdurch würde es zu einer noch nie da gewesenen Machtzusammenballung in der Entsorgungswirtschaft kommen. „Die Verhältnisse würden

komplett neu gemischt, und zwar in einer Weise, wie es dem Markt nicht guttut“, klagt der Vizepräsident des Verbands kommunaler Unternehmen, Patrick Hasenkamp. Seine Organisation befürchtet steigende Preise für die Lizenzgebühren, die der Einzelhandel für die Verpackungsentsorgung an das Duale System Deutschland abführen muss. „Die Kosten würden versteckt an die Käufer weitergegeben. Am Ende zahlt der Verbraucher drauf“, sagt Hasenkamp. Remondis verfolgt seit Jahren eine aggressive Expansionsstrategie. Das Bundeskartellamt untersucht den Entsorgungsmarkt derzeit auf Monopolstrukturen. Ungeachtet dessen soll Remondis unlängst bei den Kartellwächtern vorstellig geworden sein, um die Chance einer Übernahme auszuloten. Ein Sprecher von Remondis dementiert diese Kontakte, das Bundeskartellamt wollte keine Auskunft geben. *gt*



Glascontainer von Remondis

RALPH GOLDMANN / DPA

Deutsche Bank Eine Klage weniger

Die Deutsche Bank ist ein weiteres milliardenschweres Risiko losgeworden: Das Bezirksgericht in Miami wies jetzt eine Klage des Wertheim Jewish Education Trust gegen das Frankfurter Institut sowie die Credit Suisse im Streitwert von rund drei Milliarden Dollar ab. Die Stiftung wollte die Banken zur Herausgabe des Vermögens des Frankfurter Zweigs der Wertheim-Familie zwingen, die vor mehr als hundert Jahren mit dem Verkauf von Nähmaschinen reich geworden war. Heute leben die

Nachfahren rund um den Globus verstreut. Der klagen-de Trust, hinter dem sich jüdische Wohlfahrtsorganisationen verbergen, behauptet, das nach heutiger Rechnung gut drei Milliarden Dollar große Vermögen sei in den Neunzigerjahren von Konten der Credit Suisse zur Deutschen Bank verschoben worden. Anschließend hätten Mitarbeiter beider Institute das Geld unter sich aufgeteilt. Die Banken streiten die Vorwürfe rundweg ab. Das Gericht in Florida hält sich nicht für zuständig. Dass die Kläger fristgerecht bis zum 5. Januar in Berufung gehen, gilt als unwahrscheinlich. *baz*



Deutsche-Bank-Zentrale in Frankfurt am Main

MARC-STEFFEN LUNGER

Honorare Verunsicherung bei NDR-Mitarbeitern

Der NDR stellt zum 1. Januar die Bezahlung seiner freien Mitarbeiter um – und sorgt damit für massive Unruhe. Grund für die Änderung: Das Bundeszentralamt für Steuern hat bemängelt, wie der NDR seit Jahrzehnten die Honorare abrechnet. Bei einer Prüfung entdeckte die Behörde, dass der Sender bislang das sogenannte Übergangsprinzip ignoriert. Dieses Prinzip schreibt vor, dass ein freier Mitarbeiter

eindeutig einzustufen sei – entweder als selbstständig oder als nicht selbstständig. Denselben Mitarbeiter je nach Auftrag mal auf die eine, mal auf die andere Weise zu honorieren, wie bisher beim NDR üblich, ist nicht vorgesehen.

Was die Neuregelung für die Freien im Detail bedeutet, sollen sie allerdings erst von der kommenden Woche an erfahren. Fest steht nur: Wer als nicht selbstständiger Mitarbeiter geführt wird, muss künftig Beiträge für die Sozialversicherung entrichten. *akü*